

Stellungnahme zum Volksbegehren „Kein NATO-Beitritt“

Vorab gilt der aufrichtige Dank der Initiatoren jedem einzelnen der 109.089 österreichischen Wahlberechtigten, die dieses Volksbegehren unterstützt und somit eine parlamentarische Behandlung dieses wichtigen Themas, das aktueller denn je ist, ermöglicht haben. Herzlichsten Dank für diese zahlreiche direktdemokratische Partizipation von Seiten der Initiatoren, sowie Verzeihung dafür, dass der Nationalrat unvertretbare eineinhalb Jahre zuwartete, um dieses so wichtige Volksbegehren zu behandeln. Letzteres entzieht sich aber dem Einfluss der Initiatoren.

Gemäß vorliegenden Umfragen spricht sich in Österreich eine knappe 4/5-Mehrheit gegen einen Beitritt zur NATO sowie die Beibehaltung der verfassungsrechtlich verankerten Neutralität gemäß Neutralitätsgesetz 1955 aus. Das Ziel des Volksbegehrens war ein zusätzlicher verfassungsrechtlicher Schutz neben Artikel I Absatz 2 besagter Rechtsgrundlage, welcher explizit auch ein Verbot eines Beitritts zum Nordatlantikpakt normiert. Dies ist vor dem Hintergrund kurzsichtiger politischer Akteure in Zeiten zunehmender geopolitischer Spannungen insofern geboten, als damit einer jederzeit möglichen Anlassgesetzgebung zur Abschaffung der Neutralität, sowie dem darauffolgenden möglichen Eintritt in das militärische Bündnis der NATO, Einhalt geboten werden kann.

Die Debatte im Verfassungsausschuss zeigte jedoch auf, dass die Neutralität aus Sicht der Initiatoren des Volksbegehrens auch durch kurzfristige politische Entscheidungen gefährdet werden kann. Im Rahmen der Ausschusssdebatte wurde die Position von Henrike Brandstötter (NEOS) hinterfragt. Ihre Aussagen, dass „aktuell niemand einen NATO-Beitritt“ fordere und dass Österreich „in absehbarer Zeit [militärisch neutral] sein werde“, stehen im Gegensatz zu öffentlichen Äußerungen von Vertretern ihrer eigenen Partei. Beispielsweise forderte Brandstötters Parteikollege Veit Dengler (NEOS) mehrfach öffentlich einen NATO-Beitritt Österreichs. Auch die NEOS-Vorfeldorganisation JUNOS beschloss vor kurzem mit über 90-prozentiger Zustimmung, sich für einen NATO-Beitritt Österreichs „einsetzen“. Nicht zuletzt versucht die aktuelle Außenministerin regelmäßig, eine Debatte über die der Bevölkerung so wichtige Neutralität anzustoßen, was von vielen Beobachtern als verklausulierte Forderung nach ihrer Abschaffung interpretiert wird.

Dabei steht die hohe Zahl der Unterstützer des Volksbegehrens in einem bemerkenswerten Verhältnis zu den Vorzugsstimmen von Henrike Brandstötter. Während das Volksbegehren von 109.089 wahlberechtigten Österreichern unterstützt wurde, erhielt sie über die Bundesliste der NEOS lediglich 208 Vorzugsstimmen. Die Initiatoren sehen dies als weiteren Beleg dafür, dass das Anliegen des Volksbegehrens im Vergleich zu den Positionen einzelner Abgeordneter eine breite Zustimmung in der Bevölkerung genießt. Es wird zudem bemerkt, dass es für Politiker, die sich gegen das Neutralitätsgesetz aussprechen, konsistent erscheint, auch direktdemokratische Instrumente der Bevölkerung abzuwerten.

Man muss realistisch eingestehen, dass Österreich aufgrund seiner geografischen Lage inmitten zahlreicher NATO-Mitgliedsstaaten ein Nutznießer deren Militärausgaben sowie der NATO-Beistandspflicht ist. Auf dem Landweg kann Österreich nicht angegriffen werden, ohne dass NATO-Territorium durchquert wird. Mit dem Beitritt zur Europäischen Skyshield Initiative erweitert sich dieser Schutz auch auf den Luftraum. Vor allem in Zeiten materieller Kriegsgefahr wäre es zutiefst unverantwortlich, diese sicherheitsstrategische Sonderstellung als Trittbrettfahrer aufzugeben. Einwände, Österreich verhalte sich gegenüber seinen Nachbarländern unsolidarisch, sind materiell zutreffend, dennoch muss die körperliche Unversehrtheit von österreichischen Staatsbürgern im Zentrum des sicherheits- und militärischen Regierungshandelns stehen. Keinesfalls dürfen junge österreichische Staatsbürger wieder an eine Kriegsfront entsendet werden, um aktiv an Kampfhandlungen teilzunehmen. Österreich hat sich vielmehr besonnen im Rahmen seiner

immerwährenden Neutralität zu verhalten und proaktiv friedensvermittelnde Initiativen zu initiieren und zu fördern.

Die politischen NATO-Beitrittsbefürworter sind in der Vergangenheit mit ihrem Ansinnen gescheitert und sie werden auch zukünftig scheitern. Garant dafür ist die einem überwiegenden Anteil der österreichischen Bevölkerung als identitätsstiftend für die Republik am Herzen liegende immerwährende Neutralität sowie das damit verbundene Beitrittsverbot zu militärischen Bündnissen. Kurzsichtige Politiker, welche zukünftig einen NATO-Beitritt zu fordern intendieren, sind gut beraten, von derartigen verfassungswidrigen Entgleisungen Abstand zu nehmen. Denn die mündige österreichische Bevölkerung wird auch weiterhin keine Vorstöße akzeptieren, die eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellen, und sich entschieden und demokratisch an der Wahlurne wehren.